

Neueste Nachrichten

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Verkaufspreis beträgt 3.00 Reichsmark. Der Tagespreis 10 Pfennige. Der Abonnementpreis für ein Jahr 30 Reichsmark. Der Preis für ein Vierteljahr 7.50 Reichsmark. Der Preis für ein halbes Jahr 15.00 Reichsmark. Der Preis für ein ganzes Jahr 30.00 Reichsmark. Der Preis für ein Vierteljahr 7.50 Reichsmark. Der Preis für ein halbes Jahr 15.00 Reichsmark. Der Preis für ein ganzes Jahr 30.00 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Reichstagsarbeiten und Wahlkreisfragen.



Englische Außenminister äußern Chamberlain, der zum Ritter des Hosenbandordens ernannt. Der Hosenbandorden ist der höchste englische Orden, der nur an fürstliche Personen, Mitglieder des Oberhauses und hohe geistliche Würdenträger verliehen zu werden pflegt. Seine Verleihung an den Minister Chamberlain zum Tage der Unterzeichnung des Vertragswerkes von Locarno erhält eine besondere Note dadurch, daß der Minister sich wiederholt und auch neuerdings gegen die ihm angebotene Annahme eines Adelstitels gewehrt hat und ein einfacher Mr. Chamberlain, gleich seinem großen Vater zu bleiben wünscht.

Im englischen Unterhaus wurde der Antrag Macdonalds, der die Maßnahmen der Regierung hinsichtlich der geistlichen Verhältnisse der Kommunisten aufhört, mit 281 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Bei der Vorberatung der Konferenz im Unterhaus ist die hohe Zahl der Anhänger des Ministeriums sehr bemerkenswert.

Der französische sozialistische Abgeordnete Paul Boncour ist nach Genf abgereist, um dort die Verhandlungen des beratenden Ausschusses des Völkerbundes für die Beförderung der Rüstungen zu leiten.

Lord Cecil ist als Vertreter der britischen Regierung dorthin gereist.

Die französische sozialistische Kammerfraktion hat gestern Abend in einer Sitzung mit 34 gegen 29 Stimmen beschlossen, gegen den Sanierungsentwurf des Finanzministers Boncour zu stimmen. Damit ist die französische Regierung außerstande geblieben, den Entwurf, der vom Finanzausschuß der Kammer angenommen wurde, fest eine neue Infation in Höhe von 13 1/2 Milliarden Franken und zur Deckung entsprechender Steuern vor.

Die Kammer beschloß mit 298 gegen 113 Stimmen zur Beratung der einzelnen Artikel des von Boncour vorgelegten Sanierungsplanes überzugehen, nachdem ein Antrag der Vertrauensfrage gestellt hatte.

Die Kammer beschloß mit 298 gegen 113 Stimmen zur Beratung der einzelnen Artikel des von Boncour vorgelegten Sanierungsplanes überzugehen, nachdem ein Antrag der Vertrauensfrage gestellt hatte.

Die Kammer beschloß mit 298 gegen 113 Stimmen zur Beratung der einzelnen Artikel des von Boncour vorgelegten Sanierungsplanes überzugehen, nachdem ein Antrag der Vertrauensfrage gestellt hatte.

Die Kammer beschloß mit 298 gegen 113 Stimmen zur Beratung der einzelnen Artikel des von Boncour vorgelegten Sanierungsplanes überzugehen, nachdem ein Antrag der Vertrauensfrage gestellt hatte.

Nach der Unterzeichnung.

Gestern nachmittag nahmen Dr. Luther und Dr. Stresemann bei Macdonald den Tee ein. Abends gab der Premierminister zu Ehren der fremden Delegierten ein Essen, an dem u. a. die britischen Minister, auswärtige Diplomaten und mehrere britische Kolonialisten teilnahmen. An den Reichstanzler a. D. Marx richteten Dr. Luther und Dr. Stresemann folgende Telegramme: „Von der gleichen Stätte, an der wir im vorigen Jahre gemeinsam gearbeitet haben, um den Weg für eine bessere Verständigung zwischen uns zu bahnen, laden wir Ihnen in aufrichtiger Hochachtung die besten Grüße. Luther. Stresemann.“

Am Nachmittag wohnten Dr. Luther und Dr. Stresemann für kurze Zeit an der Fremdenloge des Unterhauses den Verhandlungen bei. Während Chamberlain den unten gebenden Widerspruch der Kabarettwerbungsliste aus sprach, verließen sie den Raum, was der englischen Presse als sehr tatkräftig gerühmt wird.

Eintritt in dem Völkerbund am 1. Januar?

Von deutscher Seite wird uns gemeldet, daß in London Verhandlungen über die Mitwirkung in verlässlichen Gänge fortgehen. Dabei ist zu bemerken, daß Briand bereits wieder in Paris ist.

Nach Londoner Meldungen hat Deutschland den Eintritt in den Völkerbund bis zum 1. Januar angelehnt. Bis dahin soll die Räumung der Rheinzone vollzogen sein, die sonstigen Mitwirkenden treten erst nachträglich in Kraft.

Der Absau der Militärreformkommission.

Die Geschäfte der Militärreformkommission werden demnächst beendet sein und mit ihrem Ablauf ist in einem nahen, wenn auch noch nicht bestimmten Zeitpunkt zu rechnen. Am 1. Dezember d. J. sind die Militärkommissionen in Breslau, Frankfurt a. M. und Hamburg aufgelöst worden. In den nächsten Wochen ist mit weiteren Aufhebungen von Militärkommissionen zu rechnen. 33 Kreisbezirke des bestellten Gebietes verbleiben bis Wohnende die zweite und dritte Besatzungszone. In den Bezirken Trier und Koblenz sind dagegen Verfassungen der französischen Gendarmerie eingetroffen.

Die Verminderung der Besatzungstruppen.

Wie das Pariser „Journal“ berichtet, daß die Besatzungstruppen nennbar auf folgende Effektivstärke zurückgeführt würden: Belgien: 10 000 Mann, England: 3000 Mann und Frankreich 50 000 Mann.

Sinkende Preis für die niedrige Ziffer von 700 hinsichtlich Großbritanniens jedoch eine höhere, vor 8000 Mann, genannt worden.

Die Pariser „Matin“ läßt sich aus London melden, die dortigen Minister hätten weitestgehende Erleichterungen für den deutschen Bau von Flugzeugen zugestanden. Die deutsche Regierung hat sich verpflichtet, von dem Bau militärischer Flugzeuge abzusehen.

Politische Glossen.

Von C. Brothmann (Chemnitz).

Mesau bedauert!
Anlässlich des Todes der Königinmutter Alexandra von England hat die Kaiserin Elisabeth in London ihr tiefstes Schauern und ihre herzlichste Anteilnahme über das Ableben „Ihr Majestät“ dem englischen Königspaare ausgesprochen lassen.

Die Rüstungen des Locarno-Vertrages stellen sich allgemach bei — Frankreich ein. Man hat im Jahre des Jahres für das Jahr 1925 um 500 Millionen Franken und den Etat für die Luftstreitkräfte um 124 Millionen Franken erhöht.

Locarno-Gesetz in der Tagespresse. Nachdem in der Tagespresse bereits rund 2000 deutsche Eisenbahnarbeiter entlassungslos entlassen worden sind, sollen weitere deutsche Eisenbahner vorläufig in Stärke von 1300 Gemanten entlassen werden. Selbstverständlich ohne Pension. Das einzige, was man diesen Gemanten zum Teil im Dienste ergraut hat, bietet, ist eine kümmerliche Abfertigung.

Niederer hängen!
Eupen und Malmedy, die freigeig von Belgien erobert worden sind, bekommen jetzt die Segnungen der franco-belgischen Kultur zu teil.

Die deutsche Demokratie wird die Volkspartei. Von anderer Seite wird uns berichtet: „Wesentlich neues haben die geistigen Fraktionabelspaltungen im Reichstag in letzterem ergeben, als die Sozialdemokraten nach vierjähriger Ausprobieren an ihrer früheren Stellungnahme festgehalten haben, daß sie die Teilnahme an einer großen Koalition nicht mitmachen wollen.“

Die Initiative von den interfraktionellen Besprechungen mit dem Ziele der Bildung der großen Koalition ging bekanntlich vom Zentrum und den Demokraten aus. Sowohl die Zentrumsfraktion hat sich dementsprechend verpflichtet, in denen die Bildung eines neuen Reichstagsinhalts auf der Grundlage der großen Koalition für wünschenswert erachtet wurde. Der Abgeordnete Fehrenbach (Ztr.) und daher für Montag die Vertreter der für die große Koalition in Frage kommenden vier Parteien (Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Sozialdemokratie), zu einer Besprechung ein, an der aber die Deutsche Volkspartei nicht teilnahm, da, wie sie erklärte, sie sich, ihrer Parteistellung zu der Frage noch nicht Stellung genommen hätte. Die Sozialdemokraten nahmen die Anregung entgegen, konnten ebenfalls aber noch keine verbindlichen Erklärungen abgeben.

Am Dienstag verhandelte dann der Abgeordnete Fehrenbach (Ztr.) und daher für Montag die Vertreter der für die große Koalition in Frage kommenden vier Parteien (Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Sozialdemokratie), zu einer Besprechung ein, an der aber die Deutsche Volkspartei nicht teilnahm, da, wie sie erklärte, sie sich, ihrer Parteistellung zu der Frage noch nicht Stellung genommen hätte. Die Sozialdemokraten nahmen die Anregung entgegen, konnten ebenfalls aber noch keine verbindlichen Erklärungen abgeben.

Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten trachten noch einmal zum Ausdruck, daß sie eine Koalition der kleineren Mitte, wie sie von der Deutschen Volkspartei befürwortet wird, nicht mitmachen können.

Unter Führung des Deutschen Anwaltvereins, Leipzig, hat sich am 29. November d. J. in Leipzig die „Deutsche Studiengesellschaft für Völkerrecht“ konstituiert. Die neue Gesellschaft hat die Zielsetzung, das Völkerrecht fördern und an einer zweckmäßigen Gestaltung des deutschen und internationalen Völkerrechts mitarbeiten.

Der belgische Landtag hat die Regierungserklärung mit 36 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten gebilligt und der Regierung aus Vertrauen ausgesprochen. Die demokratische Partei und die Mitglieder der bürgerlichen Vereinigung enthielten sich der Stimmen, während die Kommunisten dagegen stimmten.

Das Nobelkomitee des Storting in Oslo (Norwegen) beschloß den diesjährigen und auch im Vorjahre nicht erteilten Friedenspreises auch in diesem Jahr nicht zu erteilen.

Die Frage der Regierungsumbildung Große Schwierigkeiten und Unklarheiten.

Die seit Anfang dieser Woche schwelende Verhandlungen zwischen den Mittelparteien und den Sozialdemokraten können gegenwärtig als abgeschlossen gelten. Sie haben zu einem Erfolge nicht geführt. Man will jetzt abwarten, bis der Reichstanzler Dr. Luther aus London zurückgekehrt ist und erst dann wieder in neue Verhandlungen eingetreten.

Die Initiative von den interfraktionellen Besprechungen mit dem Ziele der Bildung der großen Koalition ging bekanntlich vom Zentrum und den Demokraten aus. Sowohl die Zentrumsfraktion hat sich dementsprechend verpflichtet, in denen die Bildung eines neuen Reichstagsinhalts auf der Grundlage der großen Koalition für wünschenswert erachtet wurde. Der Abgeordnete Fehrenbach (Ztr.) und daher für Montag die Vertreter der für die große Koalition in Frage kommenden vier Parteien (Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Sozialdemokratie), zu einer Besprechung ein, an der aber die Deutsche Volkspartei nicht teilnahm, da, wie sie erklärte, sie sich, ihrer Parteistellung zu der Frage noch nicht Stellung genommen hätte. Die Sozialdemokraten nahmen die Anregung entgegen, konnten ebenfalls aber noch keine verbindlichen Erklärungen abgeben.

Am Dienstag verhandelte dann der Abgeordnete Fehrenbach (Ztr.) und daher für Montag die Vertreter der für die große Koalition in Frage kommenden vier Parteien (Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Sozialdemokratie), zu einer Besprechung ein, an der aber die Deutsche Volkspartei nicht teilnahm, da, wie sie erklärte, sie sich, ihrer Parteistellung zu der Frage noch nicht Stellung genommen hätte. Die Sozialdemokraten nahmen die Anregung entgegen, konnten ebenfalls aber noch keine verbindlichen Erklärungen abgeben.

Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten trachten noch einmal zum Ausdruck, daß sie eine Koalition der kleineren Mitte, wie sie von der Deutschen Volkspartei befürwortet wird, nicht mitmachen können.

Unter Führung des Deutschen Anwaltvereins, Leipzig, hat sich am 29. November d. J. in Leipzig die „Deutsche Studiengesellschaft für Völkerrecht“ konstituiert. Die neue Gesellschaft hat die Zielsetzung, das Völkerrecht fördern und an einer zweckmäßigen Gestaltung des deutschen und internationalen Völkerrechts mitarbeiten.

Der belgische Landtag hat die Regierungserklärung mit 36 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten gebilligt und der Regierung aus Vertrauen ausgesprochen. Die demokratische Partei und die Mitglieder der bürgerlichen Vereinigung enthielten sich der Stimmen, während die Kommunisten dagegen stimmten.

Die deutsche Demokratie wird die Volkspartei. Von anderer Seite wird uns berichtet: „Wesentlich neues haben die geistigen Fraktionabelspaltungen im Reichstag in letzterem ergeben, als die Sozialdemokraten nach vierjähriger Ausprobieren an ihrer früheren Stellungnahme festgehalten haben, daß sie die Teilnahme an einer großen Koalition nicht mitmachen wollen.“

Die Initiative von den interfraktionellen Besprechungen mit dem Ziele der Bildung der großen Koalition ging bekanntlich vom Zentrum und den Demokraten aus. Sowohl die Zentrumsfraktion hat sich dementsprechend verpflichtet, in denen die Bildung eines neuen Reichstagsinhalts auf der Grundlage der großen Koalition für wünschenswert erachtet wurde. Der Abgeordnete Fehrenbach (Ztr.) und daher für Montag die Vertreter der für die große Koalition in Frage kommenden vier Parteien (Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Sozialdemokratie), zu einer Besprechung ein, an der aber die Deutsche Volkspartei nicht teilnahm, da, wie sie erklärte, sie sich, ihrer Parteistellung zu der Frage noch nicht Stellung genommen hätte. Die Sozialdemokraten nahmen die Anregung entgegen, konnten ebenfalls aber noch keine verbindlichen Erklärungen abgeben.

Am Dienstag verhandelte dann der Abgeordnete Fehrenbach (Ztr.) und daher für Montag die Vertreter der für die große Koalition in Frage kommenden vier Parteien (Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Sozialdemokratie), zu einer Besprechung ein, an der aber die Deutsche Volkspartei nicht teilnahm, da, wie sie erklärte, sie sich, ihrer Parteistellung zu der Frage noch nicht Stellung genommen hätte. Die Sozialdemokraten nahmen die Anregung entgegen, konnten ebenfalls aber noch keine verbindlichen Erklärungen abgeben.

Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten trachten noch einmal zum Ausdruck, daß sie eine Koalition der kleineren Mitte, wie sie von der Deutschen Volkspartei befürwortet wird, nicht mitmachen können.

Unter Führung des Deutschen Anwaltvereins, Leipzig, hat sich am 29. November d. J. in Leipzig die „Deutsche Studiengesellschaft für Völkerrecht“ konstituiert. Die neue Gesellschaft hat die Zielsetzung, das Völkerrecht fördern und an einer zweckmäßigen Gestaltung des deutschen und internationalen Völkerrechts mitarbeiten.

Der belgische Landtag hat die Regierungserklärung mit 36 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten gebilligt und der Regierung aus Vertrauen ausgesprochen. Die demokratische Partei und die Mitglieder der bürgerlichen Vereinigung enthielten sich der Stimmen, während die Kommunisten dagegen stimmten.

Das Nobelkomitee des Storting in Oslo (Norwegen) beschloß den diesjährigen und auch im Vorjahre nicht erteilten Friedenspreises auch in diesem Jahr nicht zu erteilen.

Die deutsche Demokratie wird die Volkspartei. Von anderer Seite wird uns berichtet: „Wesentlich neues haben die geistigen Fraktionabelspaltungen im Reichstag in letzterem ergeben, als die Sozialdemokraten nach vierjähriger Ausprobieren an ihrer früheren Stellungnahme festgehalten haben, daß sie die Teilnahme an einer großen Koalition nicht mitmachen wollen.“

Die Initiative von den interfraktionellen Besprechungen mit dem Ziele der Bildung der großen Koalition ging bekanntlich vom Zentrum und den Demokraten aus. Sowohl die Zentrumsfraktion hat sich dementsprechend verpflichtet, in denen die Bildung eines neuen Reichstagsinhalts auf der Grundlage der großen Koalition für wünschenswert erachtet wurde. Der Abgeordnete Fehrenbach (Ztr.) und daher für Montag die Vertreter der für die große Koalition in Frage kommenden vier Parteien (Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Sozialdemokratie), zu einer Besprechung ein, an der aber die Deutsche Volkspartei nicht teilnahm, da, wie sie erklärte, sie sich, ihrer Parteistellung zu der Frage noch nicht Stellung genommen hätte. Die Sozialdemokraten nahmen die Anregung entgegen, konnten ebenfalls aber noch keine verbindlichen Erklärungen abgeben.

Am Dienstag verhandelte dann der Abgeordnete Fehrenbach (Ztr.) und daher für Montag die Vertreter der für die große Koalition in Frage kommenden vier Parteien (Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Sozialdemokratie), zu einer Besprechung ein, an der aber die Deutsche Volkspartei nicht teilnahm, da, wie sie erklärte, sie sich, ihrer Parteistellung zu der Frage noch nicht Stellung genommen hätte. Die Sozialdemokraten nahmen die Anregung entgegen, konnten ebenfalls aber noch keine verbindlichen Erklärungen abgeben.

Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten trachten noch einmal zum Ausdruck, daß sie eine Koalition der kleineren Mitte, wie sie von der Deutschen Volkspartei befürwortet wird, nicht mitmachen können.

Unter Führung des Deutschen Anwaltvereins, Leipzig, hat sich am 29. November d. J. in Leipzig die „Deutsche Studiengesellschaft für Völkerrecht“ konstituiert. Die neue Gesellschaft hat die Zielsetzung, das Völkerrecht fördern und an einer zweckmäßigen Gestaltung des deutschen und internationalen Völkerrechts mitarbeiten.

Der belgische Landtag hat die Regierungserklärung mit 36 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten gebilligt und der Regierung aus Vertrauen ausgesprochen. Die demokratische Partei und die Mitglieder der bürgerlichen Vereinigung enthielten sich der Stimmen, während die Kommunisten dagegen stimmten.

Das Nobelkomitee des Storting in Oslo (Norwegen) beschloß den diesjährigen und auch im Vorjahre nicht erteilten Friedenspreises auch in diesem Jahr nicht zu erteilen.

Offizieller Widerruf der Kadaverlüge

Der englische Außenminister Chamberlain erklärte im Unterhaus, der Kriegeserzähler aus welcher Weise die Angelegenheit im Jahre 1917 zur Kenntnis der britischen Regierung gelangte. Der deutsche Reichstanzler habe ihn ermahnt, auf die Autorität der deutschen Regierung hin zu sagen, daß niemals irgendwelche Grundlage für die Geschehnisse vorhanden war. (Beifall.) Er wünschte namens der britischen Regierung hinzuzufügen, daß er dieses Dementi annehme, und er hoffe zweifelsfrei, daß dieser falsche Bericht nie wieder wieder erwähnt werden werde.

Die Lage Zhang-Tsao-Lins in der Mandchurie hat sich geändert. Die Umzugsarmee ist über. Der Kommandeur Luo-Zung-Lins auf Kuden er scheint ansichtslos, da ihn keine Truppen mehr zu versetzen.

Hande und Deutsche. Einft fand über dem englischen Kommando in Shanghai ein Platz zu lesen: „Hunden und Deutschen ist der Eintritt verboten.“

Deute tragen die Engländer in China etc.
Schule der Deutschen von der deutschen Regierung
verpflichtet, die deutsche Sprache zu lehren.

Am 25. Mill. Am. Theaterbaukosten etc.
16 Mill. Am. Kronprinzessin etwa 400 000 Am.
zusammen etwa 686 2 Mill. Am. Dazu kommt der
Verkauf von 17. Januar 1820 23 Mill. Taler
jährlich beträgt.

Dabei will zu bedenken, daß der Hauptpolen,
die 8 Mill in Schülern und Gärten, hat ein
Finanzwesen außerordentlich hohe Anteile für
den Staat.

des Luftfahrwens vorgezogen etc.
Die Bestimmungen zum Haushalt des Finanz-
ministeriums erkräften die Annahme mehrerer
Entscheidungen des Reichens.

Die neuen und die bisherigen Landesherren.

Im Reichstag wurde gestern zunächst der
Nationalitäten Handelsvertrag gegen die
Einmütigkeit der Kommunisten der Böhmen und
einzelnen Teiles der Deutschnationalen in zweiter
und dritter Beratung angenommen.

Preussische Finanzverwaltung.

Der gestrige Landtagssitzung gab die nachstehende
wichtigsten Not und die Erkenntnis, daß sich
die Politik ganz anders als bisher dieser Zeit
anzunehmen dürfte.

Wirtschaftsnot und Parlamentarismus.

Die Währungsfrage einfach getrieben habe. Seine
Partei lehne den Etat ab und sei für auf der
Hauptfrage aufzubaue. Anfallende Zwischend-
beurteilung, die es notwendig, daß das
Dasein gesichert werde.

Was geht in England vor?

Die Bevölkerungspolitik Ausbruch des Reichstags
der allgemeinen Finanzverwaltung zur
Stärkung der Reichsfinanzverwaltung. Er nahm
§ 1 in der Regierungsvorlage an und § 2 in der
folgenden Fassung des Verordnungsantrages.

Wie hoch sind die Hohenzollernprüde?

Zur Frage der Vermögensausbeurteilung
zwischen dem Preussischen Staat und dem
vormaligen Königslande werden in der Öffentlichkeit
nach immer seltener hervorgehoben, die der
Wichtigkeit nicht entsprechen.

Prof. Einstein über die Jerusalemer Universität.

Vor kurzem fand in Berlin eine Sitzung
des deutschen Verbandes zur Förderung der
Universität Jerusalem unter Vorsitz von Prof.
Einstein statt.

Prof. Einstein über die Jerusalemer Universität.

Vor kurzem fand in Berlin eine Sitzung
des deutschen Verbandes zur Förderung der
Universität Jerusalem unter Vorsitz von Prof.
Einstein statt.

Die Zoodüngung Kropfkrank.

Es steht heute zweifellos fest, daß die
Kropfkrankheiten, von denen in manchen
Gebirgsgegenden jeder dritte Mensch betroffen
wird, auf ein Zoodüngung des Trinkwassers
zurückzuführen sind.

Volkswirtschaftliches aus dem alten Ägypten Peru.

Von Otto A. Gervais-Hiltinghausen.
Wie eine Utopie muß es an, sich man heute
von dem überaus fernen Staat, der an seiner
Lebensform und Kultur so ganz anders ist als
wir, zu erfahren.

Prof. Einstein über die Jerusalemer Universität.

Vor kurzem fand in Berlin eine Sitzung
des deutschen Verbandes zur Förderung der
Universität Jerusalem unter Vorsitz von Prof.
Einstein statt.

Die Zoodüngung Kropfkrank.

Es steht heute zweifellos fest, daß die
Kropfkrankheiten, von denen in manchen
Gebirgsgegenden jeder dritte Mensch betroffen
wird, auf ein Zoodüngung des Trinkwassers
zurückzuführen sind.

Die Zoodüngung Kropfkrank.

Es steht heute zweifellos fest, daß die
Kropfkrankheiten, von denen in manchen
Gebirgsgegenden jeder dritte Mensch betroffen
wird, auf ein Zoodüngung des Trinkwassers
zurückzuführen sind.